



Wahlprüfsteine der Transport- und Logistikbranche zur Bundestagswahl 2025

Der BGL ist der Spitzenverband für Straßengüterverkehr, Logistik und Entsorgung in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Er vertritt seit 1947 die berufsständischen Interessen von aktuell rund 7.000 in seinen Landesverbänden organisierten mittelständischen Transport- und Logistikunternehmen.

Insgesamt sind in Deutschland im Straßengüterverkehr ca. 650.000 Mitarbeiter beschäftigt, davon ca. 480.000 Berufskraftfahrer. 80% der Unternehmen sind klassischer Mittelstand mit weniger als 20 Mitarbeitern.

Ca. 85% aller Güter werden auf deutschen Straßen transportiert mit ca. 800.000 Lkw pro Tag. Das bedeutet: Das mittelständische Transportgewerbe versorgt Deutschland. ABER: Diese Versorgungssicherheit ist gefährdet, da die Existenz der Unternehmen in Schieflage gerät, Unternehmensinsolvenzen und Betriebsaufgaben immer mehr zunehmen!

Mit der Bundestagswahl 2025 werden daher für die Zukunft der vom BGL vertretenen Unternehmen wichtige Weichenstellungen getroffen. Dabei geht es vor allem um die künftigen Perspektiven der deutschen mittelständischen Transport- und Logistikwirtschaft. Zentrale Herausforderungen sind:

- Akuter Lkw-Fahrermangel,
- massiver Dumpingwettbewerb im europäischen Straßengüterverkehr mit 43% gebietsfremden Transportdienstleistern (v.a. aus Mittel- und Osteuropa),
- überbordende Bürokratie für Unternehmen und Fahrpersonal sowie
- utopische Klimaschutzanforderungen / -ziele, deren Erreichen aufgrund fehlender geeigneter Rahmenbedingungen unrealistisch ist.

Der BGL bittet daher die Parteien zur Bundestagswahl 2025 um Übermittlung ihrer Positionen zu den nachfolgenden Forderungen und Fragestellungen:



1. Finanzierungskreislauf Straße schließen, Lkw-Mauteinnahmen reinvestieren

BGL-Forderung: Schließung des Finanzierungskreislaufs Straße, um Lkw-Mauteinnahmen i.H.v. ca. 15 Mrd. € p.a. zweckgebunden zu reinvestieren in: Brückensanierung, Lkw-Stellplätze, Instandhaltung der Straßen, bedarfsgerechten Neu- und Ausbau sowie die klimafreundliche Transformation des Straßengüterverkehrs.

Fragen:

- a) Wie stehen Sie zu der Forderung, den Finanzierungskreislauf Straße zu schließen und die Mauteinnahmen zweckgebunden zu reinvestieren?
- b) Wie, aus welchen Mitteln und in welcher Höhe wollen Sie Brückensanierung, Lkw-Stellplätze, Instandhaltung der Straßen, bedarfsgerechten Neu- und Ausbau sowie die klimafreundliche Transformation des Straßengüterverkehrs finanzieren?

2. Bekämpfung des Fahrermangels

BGL-Forderungen: Um dem dramatischen Lkw-Fahrermangel zu begegnen (derzeit fehlen ca. 100.000 bis 120.000 Lkw-Fahrer) müssen dringend die Arbeitsbedingungen verbessert, bei den bürokratischen Anforderungen im Fahrerlaubnis- und Berufskraftfahrer-Qualifikationsrecht eine grundsätzliche Systemumkehr angestoßen und die Fachkräftezuwanderung deutlich erleichtert werden.

Fragen:

- a) Werden Sie noch in den ersten 100 Tagen nach der Wahl die EU-Ukraine-Verordnung für den Einsatz ukrainischer Lkw-Fahrer in Deutschland umsetzen sowie E-Learning und Fremdsprachenausbildung bei der Berufskraftfahrerqualifikation ermöglichen?
- b) Sind Sie bereit, zur wirksamen Entbürokratisierung der Qualifikation von Berufskraftfahrern sowie zur Steigerung der Attraktivität des Fahrerberufs eine Initiative auf EU-Ebene anzustoßen, die zum Ziel hat, die bisherigen Anforderungen der Berufskraftfahrerqualifikations-Richtlinie in die Fahrausbildung zu integrieren und damit sowohl die Schlüsselzahl 95 als auch die gesetzlich vorgeschriebene regelmäßige Weiterbildungspflicht für Berufskraftfahrer abzuschaffen?
- c) Werden Sie sich auf EU-Ebene für eine Anerkennung gleichwertiger Fahrausbildungen aus Drittstaaten, die Möglichkeit für eine Qualifizierung in Drittstaaten sowie eine Digitalisierung der Fahrausbildung (digitaler Theorieunterricht als Regelfall) einsetzen?
- d) Wie stehen Sie zur Forderung des BGL, dass der für Lkw-Fahrer vorgeschriebene Sehtest statt nur beim Augenarzt auch bei Augenoptikern durchgeführt werden können muss?
- e) Werden Sie dafür sorgen, dass mehr Lkw-Stellplätze in Deutschland geschaffen werden (öffentlich plus privat idealerweise kombiniert mit Lkw-Lade- und H₂-Tankinfrastruktur)?
- f) Werden Sie sich für die Einführung von Parkgebühren für die exzessive Nutzung öffentlicher Stellplätze an Autobahnen (>24 h, d.h. länger als die verkürzte Wochenruhezeit) einsetzen? Hintergrund: Derzeit werden die



öffentlichen Stellflächen insb. durch Lkw-Flotten osteuropäischer Transportdienstleister als Dispositionsfläche missbraucht, da diese in der Regel keinen Betriebsstandort in Deutschland haben.

- g) Werden Sie die Visaerteilung für Fachkräftezuwanderung beschleunigen?
- h) Wie stehen Sie zur Forderung des BGL, Flüchtlingen eine sofortige Arbeitserlaubnis zu erteilen und Sozialleistungen bei Verweigerung zumutbarer Arbeitsaufnahme zu streichen / zu kürzen, um den Arbeitskräftebedarf zu decken, Sozialausgaben zu reduzieren, die Integration durch Arbeitsaufnahme zu erleichtern sowie einer gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken?
- i) Wie stehen Sie zur Aufhebung der Lkw-Fahrverbote an nicht-bundeseinheitlichen Feiertagen?

3. Bürokratiebremse One-in-two-out

BGL-Forderung: Die enorm hohe nationale und europäische Regulierungsdichte und die immer weiter anwachsende Masse an einzelnen bürokratischen Anforderungen können mittelständische Betriebe nicht mehr bewältigen und müssen daher drastisch und wirksam reduziert werden. Dies gilt insbesondere für das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), die europäische Lieferkettenrichtlinie CSDDD, die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) und die EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) sowie aufwändige Antrags-, Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren.

Fragen:

- a) Werden Sie sich kurzfristig für die Einführung von Ausnahmen im Energieeffizienzgesetz (EnEfG) für Kraftstoffe von Fahrzeugenflotten der Transportunternehmen sowie eines KMU-Faktors einsetzen?
- b) Werden Sie sich mittelfristig für die Abschaffung aller Berichtspflichten einsetzen soweit diese der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften dienen und stattdessen behördliche Kontrollen intensivieren?
- c) Wie stehen Sie zur Notwendigkeit einer strukturellen Reform für eine echte Bürokratieentlastung und wie sollte diese aussehen? Was halten Sie von einer One-in-two-out-Regelung?

4. Schleichendes Sterben im mittelständischen Transportgewerbe verhindern

BGL-Forderung: Den steigenden Insolvenzen im mittelständischen Transportgewerbe und den ebenfalls steigenden Betriebsaufgaben muss dringend entgegengewirkt werden. Dazu bedarf es neben dem Abbau von Bürokratie der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen und einer konsequenten Begegnung von Sozialdumping.

Fragen:

- a) Werden Sie sich für eine Intensivierung der Kontrollen und eine effektive Durchsetzung bestehender Regeln für fairen Wettbewerb (insb. EU-Mobilitätspaket) einsetzen?
- b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene die durch den EuGH aufgrund von Verfahrensfehlern verworfene Rückkehrpflicht von



Fahrzeugen, wie sie das EU-Mobilitätspaket vorsah, rechtskonform wieder eingeführt wird?

- c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der deutsche Mindestlohn auch für in Deutschland tätige Lkw-Fahrer ausländischer Transportdienstleister durchgesetzt wird und dazu entsprechende wirksame Kontrollen stattfinden?
- d) Werden Sie sich für eine Verdopplung der sog. Mautharmonisierungsmittel aus der Lkw-Maut auf 900 Mio. € zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Transportunternehmen einsetzen?
- e) Werden Sie die CO₂-Doppelbelastung für das Transportgewerbe durch CO₂-Emissionshandel plus CO₂-Maut abschaffen, z.B. durch Ausnahmen für den mautzahlenden Straßengüterverkehr im Brennstoffemissionshandelsgesetz?

5. Richtige Rahmenbedingungen für klimafreundlichen Straßengüterverkehr

BGL-Forderung: Angesichts der Tatsache, dass 85% des Güterverkehrsaufkommen auf der Straße geleistet wird, muss für wirksamen Klimaschutz in erster Linie der Lkw klimafreundlich gemacht werden, und zwar unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Mechanismen und durch Reinvestition der CO₂-Mautmilliarden in einen klimafreundlichen Straßengüterverkehr.

Fragen:

- a) Werden Sie mit den Einnahmen der CO₂-Maut ein unbürokratisches Kaufförderprogramm zur Anschaffung von E-Lkw und H₂-Lkw aufsetzen?
- b) Werden Sie mit den Einnahmen der CO₂-Maut ein unbürokratisches Förderprogramm zum Aufbau betrieblicher Ladeinfrastruktur aufsetzen?
- c) Werden Sie für öffentliches und betriebliches Laden von Lkw die erforderlichen Netzanschlüsse sicherstellen?
- d) Wie werden Sie eine Strompreissicherheit für das Laden von Lkw an öffentlichen Ladepunkten gewährleisten?
- e) Werden Sie Anreize für den Einsatz biogener und synthetischer Kraftstoffe in Ergänzung zur Förderung der Elektromobilität schaffen und wenn ja, welche?
- f) Wie stehen Sie zur verlässlichen Zulassung / Regelzulassung des verlängerten Sattelkraftfahrzeuges (Lang-Lkw Typ 1) und werden Sie sich neben einer nationalen Regelung auch für eine Aufnahme dieses Typs in die europäischen Regeln zu Massen und Abmessungen von Nutzfahrzeugen und Nutzfahrzeugkombinationen einsetzen?

Frankfurt am Main, den 20. Dezember 2024